

14. I. 1916

XIV  
85

## Bericht über die Konsum- und Brotversorgung

die Versorgung einer größeren Anzahl von Kleinbetrieben wesentlich erleichtern. Es ist aber selbstverständlich, daß eine derartige Maßnahme für das ganze Reich wirksam sein müßte.

Zusammenfassend erlaube ich mir daher folgende Anregungen zur Diskussion zu stellen:

1. Strenge Handhabung der Brotkartenvorschrift und Vereinigung der Fragen über die Brotversorgung der Militärpersonen; Verbot des Verkaufes von Brot aus den ärarischen Vorräten.

2. Stellungnahme gegen den tatsächlichen Monopolbetrieb der Firma Heinrich & Fritz M e n d l auf dem Gebiete der Mehlerzeugung für Kochzwecke; Einschränkung der Zuteilung von Mehl durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und Verhandlungen, betreffend den Verzicht auf die Konzentration des Mehl-Verkehrs in den eigenen Verkaufsstellen (Dotierung der früheren Abnehmer).

3. Reformen bei der Mehlabgabe an den Konzern (Rayonierung zc.).

4. Herstellung eines einheitlichen Gleichmehles für den Verkauf zu Kochzwecken."

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß die Gemeinde niemals davon verständigt werde, wie viel Mehl die Firma M e n d l von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zugewiesen erhalte, und teilt mit, daß seit 9. September nicht ein Körnchen Frucht von Ungarn angeliefert worden sei. Er müsse konstatieren, daß das städtische Mehlamt seinen Aufgaben voll und ganz entspricht, er bedauere jedoch, daß die Bevölkerung durch Veranlassung von Erntefesten über den wahren Charakter der Ernte irreführt werde, denn in vertraulichen Erlässen teile die Regierung mit, daß die Ernte nicht günstig sei.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß er bereits vor fünf oder sechs Monaten einen Antrag auf Einführung der Rayonierung gestellt habe, der jedoch abgelehnt worden sei. Er habe sich mit dem Problem der Mehlerzeugung eingehend beschäftigt; die Hauptaufgabe sei: Erstens, die Mehlerzeugung zu regeln; zweitens, das Hamstern zu verhindern, und drittens, das Anstellen bei den Verkaufsstellen zu beseitigen.

Um diesen drei Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, stelle er folgende Anträge:

1. Die Brotkarte solle in eine Brot- und Mehlkarte zerlegt werden.
2. Die Brotkarte solle eventuell ganz aufgehoben werden.
3. Die Rayonierung des ganzen Gemeindegebietes von Wien in Mehlerzeugungsbezirke.
4. Im Falle der Nichtaufhebung der Brotkarte die Ausgabe der Brotkarte wie bisher oder im beschränkten Maße.
5. Ausgabe von eigenen Mehleinkaufslegitimationen nur an Familienhäupter nach Maßgabe der in tatsächlicher Versorgung stehenden Personen.
6. Einteilung aller Gemeindebezirke in Mehlerzeugungsbezirke.
7. Zuweisung eines jeden Hauses an eine bestimmte Mehlerzeugungsstelle.
8. Mehlerzeugung während des ganzen Tages, und zwar z. B. von 6 bis 11 Uhr vormittags und von 3 bis 8 Uhr abends.
9. Festsetzung eines bestimmten Tagesquantums für jede Legitimation.

### 10. Einschränkung der Zahl der Mehlerzeugungsstellen.

Es müsse eine Konstriktion der Haushaltungen durchgeführt werden, was ja durch die Einführung der Brot- und Mehl-Kommissionen angebahnt sei. Die Durchführung dieser vorgeschlagenen Organisation würde das Mehlmonopol der Firma M e n d l aufheben. Ein großer Übelstand sei weiters, daß in den zahlreichen Barackenlagern Wiens von den Soldaten an die Zivilbevölkerung Brot verkauft werde; in stürmischer Weise werde dann wieder durch die Soldaten von den Bäckern Brot ohne Brotkarte verlangt. Die Trennung der Brot- und Mehlkarte könne jedoch nicht von der Gemeinde, sondern nur durch eine Verordnung durchgeführt werden.

Das Anstellen vor den Filialen der Ankerbrotfabrik sei unhaltbar. Trotzdem bereits nachmittags in den Filialen das Mehl vorhanden sei, werde es nicht verkauft, sondern erst immer am nächsten Morgen. Dieser Zustand sei ungesund. Diesen Zuständen würde durch die vorgeschlagene Organisation abgeholfen werden; es könnte nicht eingewendet werden, daß ungleichmäßiges Mehl zum Verkaufe komme, da ja sämtliche Käufer die gleichen Mehlarten erhalten. Auch der Preis sei überall der gleiche. Gegen die Einwendung, daß man im Falle der Einführung weiterer Lebensmittel-Bezugskarten, der Milchkarte, der Fleischkarte, zu viele Papiere mit sich herumtragen müsse, wolle er gleich jetzt feststellen, daß alle diese Bezugsberechtigungen in einer Karte vereinigt werden könnten.

Gem.-Rat Leitner erklärt, daß die Anregungen vom grünen Tische kämen, daß er jedoch als Geschäftsmann die Durchführung derselben für unmöglich halte. Er habe schon vor langer Zeit die Trennung der Brotkarte von der Mehlkarte angeregt, doch müßte das Mehlquantum bedeutend vermehrt, eventuell verdoppelt werden. Auch berge die Auflassung der Brotkarte die Gefahr in sich, daß das Brot, dessen Preis bedeutend niedriger ist, als Futtermittel zur Verfütterung verwendet werden würde. Er halte deshalb die Aufhebung der Brotkarte für sehr gefährlich. Die Rayonierung hätte zur Folge, daß zahlreiche Geschäftsleute, wenn ihnen der Mehlbezug weggenommen würde, zugrunde gehen müßten. Der Verkauf des Mehles an sich sei eines der schwierigsten Geschäfte. Beim Mehlerkauf könne nichts mehr verdient werden.

Es sei ein großer Übelstand, daß man Koch- und Backmehl getrennt abgeben müsse. Es würde eine große Vereinfachung bedeuten, wenn eine einheitliche Mehlart eingeführt werden würde. Er spreche sich daher für die Einführung einer einheitlichen Mehlart und zweitens der Trennung der Brot- von der Mehlkarte aus, jedoch nur dann, wenn es möglich ist, das Mehlquantum auf das Doppelte zu erhöhen. Er sei ebenfalls dafür, daß bei der Militärbehörde dagegen Vorstellung erhoben werde, daß durch Militärpersonen Brot verkauft werde. Eine große Anzahl von Bäckern sei auch gezwungen, Brot ohne Karte abzugeben, da es ihnen sonst verdirbt. Beim Mehlbezug auf Grund der Brotkartenabschnitte sei die Kontrolle illusorisch. Der Gebäcksträger gebe dem Verkäufer zum Beispiel 10 Laibe Brot und auf der Anweisung werden 20 Laibe ausgewiesen. Im Frieden werde gewiß weniger Mehl gebraucht, denn jetzt mangle es an Fleisch, Hülsenfrüchten zc.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß in Wien 182.703 Familien (Haushaltungen) Konsumvereinen angehören. Also ein Drittel der Wiener Haushaltungen sei für ihre ganzen